

## Protokoll der 10. außerordentlichen Sitzung des rbb-Rundfunkrates - Öffentlich

<b>Datum:</b>	<b>28. Februar 2023</b>
<b>Ort:</b>	<b>Berlin</b>
<b>Beginn der Sitzung:</b>	<b>16:00 Uhr</b>
<b>Ende:</b>	<b>19:40Uhr</b>

**Leitung:** Ralf Roggenbuck

**Protokoll:** Silke Schütze

### **Teilnehmer:innen**

#### **Mitglieder des Rundfunkrates**

Amsinck, Christian

Benn, Sören (abgesagt)

Braß, Dr. Christoph

Bürgel, Oliver (zugeschaltet)

Thie, Dörte (zugeschaltet)

Eder, Jan Ulrich (abwesend)

Faber, Anja-Christin

Geywitz, Harald

Goiny, Christian

Gonzalez Olivo, Diana (zugeschaltet)

Hagemann, Prof. Martin (abwesend)

Härtel, Thomas

Halsch, Karin

Heise, Norman

Kapek, Antje

Kaune-Nüßlein, Alrun

Kiesow, Caroline (abwesend)

Koinzer, Marcus

Kremberg, Juliane

Lammel, Bernd

Loge, Stephan (zugeschaltet)

Peter, Stefan Dominik

Pienkny, Dieter

Raynal-Ehrke, Dr. Torsten

Riedel, Katharina

Roggenbuck, Ralf

Röggla, Kathrin

Senftleben, Ingo (abwesend)

Stohn, Erik

### **Mitglieder des Verwaltungsrates**

Bakir, Suat

Fehmer, Gundula

Grygier, Dr. Bärbel

Jauer, Sabine

König, Dorette

Rennert, Prof. Martin

Weber, Markus (zugeschaltet)

### **Vertreter des Personalrates**

Oehmichen, Dr. Lutz

Thormählen, Dörte

### **Vertreter der Rechtsaufsicht**

Eisenhauer, Dr. Marietta

Scheibel, Dr. Henrik

### **Geschäftsleitung:**

Vernau, Dr. Katrin, Intendantin

Günther, Kathrin, stellvertretende Programmdirektorin

## **Gremiengeschäftsstelle**

Schütze, Silke

Lehmann, Lucie

## **Gäste**

Biesinger, Dr. David (Chefredakteur, zugeschaltet)

Naujock-Simon, Anke (Compliance-Beauftragte)

Abraham, Dr. Henning (Kanzlei Lutz Abel)

Kokew, Dr. Christian (Kanzlei Lutz Abel)

## TAGESORDNUNG

**TOP 01                    Regularien**

**TOP 02                    Genehmigung der Protokolle**

Rundfunkratssitzung: 8. Dezember 2022

Außerordentliche Sitzung am 20. Januar 2023

Außerordentliche Sitzung am 27. Januar 2023

**TOP 03                    Bericht der Sitzung Findungskommission am  
15. Dezember 2022 / 26. Januar 2023 / 24. Februar 2023**

- Ralf Roggenbuck

**TOP 04                    Sitzung des Programmausschusses am 21. Februar 2023**

- Dieter Pienkny

**TOP 05                    Reflexion und Empfehlungen für den neuen Rundfunkrat**

- Anja Faber/Ralf Roggenbuck

**10 Minuten Pause**

**nichtöffentlich**

**TOP 06                    – nichtöffentlich –**

**öffentlich**

**TOP 07                    Verschiedenes**

## **TOP 01      Regularien**

**Herr Roggenbuck** begrüßt zur 10. Außerordentlichen Sitzung die Intendantin, Frau Dr. Vernau, die Mitglieder des Rundfunkrates, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Rechtsaufsicht, die Mitglieder des Personalrates und die Öffentlichkeit. Er begrüßt die zugeschalteten Gremienmitglieder und den ebenfalls zugeschalteten Chefredakteur Dr. Biesinger.

**Herr Roggenbuck** bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des scheidenden Rundfunkrates. Besonderer Dank gelte seiner Stellvertreterin Anja Faber.

Er stellt die Beschlussfähigkeit fest und weist darauf hin, dass die Sitzung im Intranet übertragen werde.

Es wird kein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gestellt.

**Herr Roggenbuck** gibt eine Mail vom 7. Februar 2023 an die Gremiengeschäftsstelle zu Protokoll, in der er die ordnungsgemäße Entsendung der neuen Mitglieder des Rundfunkrates festgestellt habe.

**Frau Professor Röggl**a stellt einen Antrag auf Änderung der Tagesordnung. Sie bitte um einen Austausch darüber, dass es bereits eine Pressemitteilung über Frau Zöllners Wechsel auf den Posten der Programmdirektorin gegeben habe, bevor der Rundfunkrat sie gewählt habe. Weiterhin halte sie einen Austausch zum Thema „Kürzungen“ für wichtig und zum Hin- und Her zwischen Compliance-Beauftragter, Verwaltungsrat und Intendanz hinsichtlich der Einladung für die Anwaltskanzlei.

**Herr Roggenbuck** schlägt vor, den Austausch zum Thema „Programmdirektorin“ bei TOP 04 einzufügen und die anderen Themen bei TOP 05.

## **TOP 02            Genehmigung der Protokolle**

Rundfunkratssitzung: 8. Dezember 2022

Außerordentliche Sitzung am 20. Januar 2023

Außerordentliche Sitzung am 27. Januar 2023

**Herr Roggenbuck** bittet um die Genehmigung der Protokolle vom 8. Dezember 2022, 20. Januar 2023 und 27. Januar 2023.

**Frau Jauer** weist daraufhin, dass im Protokoll vom 8.12. 2022 unter TOP 1.2. „Personalangelegenheit“ auf Seite sieben statt „Personal“angelegenheit, irrtümlich „Personalrat“-Angelegenheit stehe.

**Herr Roggenbuck** bittet um Verabschiedung der Protokolle per Handzeichen. Die Protokolle werden mit 16 Zustimmungen, null Gegenstimmen und vier Enthaltungen genehmigt.

## **TOP 03            Bericht der Sitzungen Findungskommission am 15. Dezember 2022, 26. Januar 2023 und 24. Februar 2023**

- Ralf Roggenbuck

**Herr Roggenbuck** berichtet, dass die vom Rundfunkrat am 8. Dezember eingesetzte Wahl- und Findungskommission (FIN-KO) ihre Arbeit aufgenommen und bisher insgesamt dreimal getagt habe. Herr Amsinck sei in der vorangegangenen Sitzung zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. In der dritten Sitzung sei eine Geschäftsordnung (GO) der Wahl- und Findungskommission beschlossen worden, die man den Rundfunkratsmitgliedern zugeschickt habe. Man habe sich bei der Entwicklung der GO an den letzten Wahlen von Intendant:innen orientiert, diesmal aber Hinweise der Personalvertretung und der Freienvertretung mitaufgenommen. Er weist auf den Zeitdruck der Wahl hin, der Interims-Vertrag von Frau Dr. Vernau ende im September 2023. Es sei perspektivisch vorgesehen, die Wahl einer/s neuen Intendant:in im Mai oder Juni 2023 durchzuführen.

Man könne der GO entnehmen, dass eine Ausschreibung nach der nächsten Sitzung der Kommission Ende März erfolge. Herr Roggenbuck kündigt an, dass Herr Amsinck die GO in der Sitzung des Rundfunkrates am 2. März vorstellen werde.

**Herr Scheibel (Senatskanzlei Berlin)** erläutert, dass das Intendantenwahlverfahren bisher im Staatsvertrag nur rudimentär normiert sei. Dieser Punkt solle bei den laufenden Novellierungen verbessert werden. Aus diesem Grund stehe nach seiner Auffassung nichts dagegen, dass sich der Rundfunkrat in diesem Fall eine GO gebe, weil es im Staatsvertrag dazu keine Regelung gebe, die das begrenze oder einschränke.

**Herr Goiny** äußert, dass es wichtig sei, dass man mit der Wahl des/der Intendant:in befasste Vorgänge aus dem Staatsvertrag ableiten könne. Der Rundfunkrat sei das satzungsgebende Gremium, nicht die Wahl- und Findungskommission. Aus Gründen der Rechtssicherheit schlage er vor, dass der neue Rundfunkrat die GO beschließe.

**Herr Roggenbuck** stimmt zu, dass der neue Rundfunkrat in der konstituierenden Sitzung am 2. März über die GO abstimme.

#### **TOP 04          Sitzung des Programmausschusses am 21. Februar 2023**

- Dieter Pienkny

**Herr Roggenbuck** leitet den TOP mit der Bemerkung ein, dass Frau Dr. Vernau sich bereit erklärt habe, am Ende des TOPs Fragen zu den geplanten Programm Kürzungen zu beantworten.

**Herr Pienkny** erläutert, dass er einen zweigeteilten Bericht vorbereitet habe. Im ersten Teil wolle er von der Sitzung des Ausschusses berichten. Der zweite Teil werde sich mit den im Ausschuss behandelten fünf Programmbeschwerden beschäftigen.

**Herr Roggenbuck** teilt Herrn Pienkny mit, dass aus Zeitersparnisgründen der zweite Teil seines Berichtes (fünf Programmbeschwerden) in die nächste Sitzung des Rundfunkrates zu verschieben sei.

**Herr Pienkny** berichtet, dass der Programmausschuss Frau Dr. Vernau, Herr Dr. Biesinger und Frau Günther zu seiner vorherigen Sitzung eingeladen habe. Einen Tag vor der Belegschaftsversammlung habe man bereits einen kleinen Überblick über das Sparprogramm und die Neuausrichtung des rbb erhalten. So werde keine Radiowelle eingestellt. Es werde mehr Kooperation innerhalb der ARD geben. Zudem habe die Intendantin darauf hingewiesen, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde. Eine regionale Primetime von 18:00 – 20:00 werde priorisiert, die regionale Berichterstattung werde verstärkt werden. Dr. Biesinger habe dem Programmausschuss versichert, dass man Regionalkorrespondentinnen und -Korrespondenten mittlerweile mit dem nötigen Equipment besser ausgestattet habe.

**Herr Pienkny** betont, dass der Programm-Ausschuss seit einiger Zeit auf eine Ausweitung der regionalen Berichterstattung gedrungen habe. Dennoch gebe es noch einige weiße Flecken seitens der regionalen Korrespondenten im Südwesten des Landes. Frau Günther, die stellvertretende Programmdirektorin, habe dem Ausschuss einen Ausblick auf das künftige Programm gegeben und beispielsweise über die Reportage-Serie „Raus aufs Land“ berichtet. Diese widme sich Berliner Familien, die sich in Brandenburg ansiedelten. Herr Pienkny regt ein Format an, das umgekehrt Menschen aus Berlin in den Fokus nehme, die mit Urban Farming und ähnlichen Aktionen das Land in die Stadt holten. Er weist auf die Dokumentation „Berlin 1933 – Tagebuch einer Großstadt“ hin, die in der Mediathek zu finden sei. Weiterhin erwähnt er, dass es eine rbb-Beteiligung am ARD-Thementag „Ukraine“ geben habe. Frau Zöllner habe die Berlinale-Berichterstattung des rbb gelobt und dabei besonders Knut Elstermann hervorgehoben.

Besondere Beachtung habe die sechsteilige Podcast-Serie „Legion: Hacking Anonymous“ (Produktion rbb, NDR, Produktionsfirma undone) in einer stark diskutierten Programmebeobachtung gefunden. Er verweise dazu auf das Protokoll des Programmausschusses.

**Herr Roggenbuck** dankt Herrn Pienkny und eröffnet die Fragerunde.



Es wird gefragt, ob sich die Intendantin vor der Erstellung des Sparprogramms vom Programmausschuss habe beraten lassen.

**Herr Pienkny** erwidert, dass er hier den Rundfunkrat eher als zuständig sehe als den Programmausschuss. Er habe das Angebot der Intendantin, den Ausschuss einen Tag vor der Belegschaftsversammlung wenigstens auszugsweise zu informieren, für sinnvoll erachtet. Eine sachkundige Beratung in dieser Angelegenheit stelle eine Überforderung des Ausschusses dar.

**Frau Halsch** erklärt, dass mit dem Programmausschuss ein Großteil des Rundfunkrates bereits vertreten sei. Sie schlägt vor, in ähnlichen Fällen den Rest des Rundfunkrates zwecks früher Informationen zu einem solchen Ausschuss einzuladen.

**Herr Pienkny** präzisiert, dass es sich beim Programmausschuss um sechs Mitglieder des Rundfunkrates handele, der jedoch 29 Personen zähle.

**Frau Dr. Vernau** erklärt, sie habe unmittelbar nach dem "Kassensturz" im November in den vergangenen Monaten mit allen Hauptabteilungsleitern des rbb eine strategische Weichenstellung erarbeitet. Teil der Aufgabenstellung sei gewesen, rund 50 Millionen Euro Planwertkürzungen mit konkreten Maßnahmen zu hinterlegen, die noch bis zum Ende der laufenden Beitragsperiode, also bis 2024 wirksam werden. Ihr sei es wichtig gewesen, die Thematik innerhalb eines bestimmten Kreises zu besprechen, so dass nicht Unfertiges an die Öffentlichkeit dringe, am Ende falsch verstanden und zerredet werde. Die Weichenstellung sei das Ergebnis eines Denkprozesses der Unternehmensleitung, an dem man nun im nächsten Schritt bei der konkreten Ausgestaltung sowohl Gremien wie Belegschaft beteiligen wolle. Sie habe während der letzten Wochen immer wieder Rücksprache mit den Beschäftigtenvertretungen gehalten, zu Input angeregt und über den Prozess berichtet. Sehr genau habe man auch die Medienforschung konsultiert, um auf gesicherten Datengrundlagen zu operieren. Von Anfang an habe man Führungskräfte aus dem Digitalen miteinbezogen. Sie habe sowohl mit der Verwaltungsratsvorsitzenden als auch mit dem Rundfunkratsvorsitzenden gesprochen, wie die Kommunikation in die Gremien am besten funktionieren könne. Die Empfehlung von Herrn Roggenbuck sei gewesen, so vorzugehen, wie

man es beim Kassensturz getan habe, nämlich als erstes die Belegschaft zu informieren und parallel dazu schriftlich die Gremien. Sie habe sich mit Herrn Roggenbuck beraten, ob man in der heutigen Sitzung das Thema auf die Tagesordnung nehmen solle. Dabei sei man zum Ergebnis gekommen, dass es nicht sinnvoll sei, ein scheidendes Gremium in seiner letzten Sitzung mit der strategischen Weichenstellung für die Zukunft des rbb zu befassen, sondern lieber den sich neu konstituierenden Rundfunkrat ausführlich zu informieren und dort weiter zu beraten. Es gehe zum augenblicklichen Zeitpunkt zudem noch nicht um ein detailliertes Einzelmaßnahmenpaket, sondern um die grundsätzliche strategische Weichenstellung. Um diese nun herunterzubrechen in konkrete Einzelmaßnahmen benötige man die Fachkompetenz, die Kreativität und die Erfahrung all der Menschen, die im rbb arbeiteten. Es gehe jetzt um die Konkretisierung der Fragen, wie man ein Drittel der Fläche reduziere, 100 Stellen abbaue oder die Kürzungen im Programm so umsetzte, dass dabei möglichst wenig Nutzer verloren gingen bzw. sogar neue Nutzergruppen besser bedient würden - und um weitere Umsetzungsschritte. Das alles sei ein heikler Prozess, der unter einem erheblichen Zeitdruck stehe und sie bitte die Gremien hier um Verständnis, dass man bislang noch keine Beratung in den Gremien habe stattfinden lassen können. Mit dem neuen Rundfunkrat werde man aber so schnell wie möglich in gemeinsame Beratungen einsteigen – zumal ja noch in diesem Jahr die Unternehmensziele gemäß § 3 Abs. 6 des Staatsvertrags durch den Rundfunkrat beschlossen werden sollen.

**Herr Roggenbuck** bestätigt, dass der Rundfunkrat die Informationen zur strategischen Weichenstellung vor Veröffentlichung erhalten habe.

**Herr Geywitz** begrüßt das Verfahren der Intendantin, Belegschaft und Rundfunkrat parallel zu informieren. Er kritisiert jedoch, dass man in den von der Intendantin genannten Plan den Rundfunkrat nicht einbezogen, sondern rbb intern gearbeitet habe. So verstehe er den Begriff „Aufsichtsgremium“ nicht. Der Rundfunkrat sei nicht „draußen“, er könne von der Intendantin genutzt werden; seine Aufgabe sei, aus verschiedenen Perspektiven zu schauen, er gelte als Anwalt der Beitragszahlenden und man müsse sich in einem solchen Prozess auch Gedanken darüber machen, wie man den Erfahrungsschatz und das Engagement des Rundfunkrates einbringen könne.

**Herr Stohn** und **Frau Kapek** schließen sich ihren Vorrednern bezüglich der Informationsweitergabe aus der Intendanz an. Frau Kapek unterstützt die Anregung von Herrn Geywitz, einmal in einer internen Runde im Rundfunkrat über die strategische Weichenstellung informiert zu werden und zu beraten. Darüber hinaus mahnt sie für die Arbeit des neuen Rundfunkrates eine Verbesserung der Einhaltung von Vertraulichkeit an. Diese sei in der Vergangenheit nicht immer gegeben gewesen.

**Herr Goiny** hebt auf die öffentliche Kritik ab, der Rundfunkrat habe seine Aufsichtspflicht und Kontrollrechte nicht wahrgenommen. Die strategische Weichenstellung müsse den Kulturwandel im Sender und somit auch den Wandel in der Arbeit des Gremiums abbilden. Denn man müsse sich über die Kernaufgaben, Fragen des Programms und der Neusortierung der Finanzen auseinandersetzen. Den Rundfunkrat zuerst zu informieren sei in seinen Augen der richtige Weg.

**Frau Dr. Vernau** betont, sie habe das Vorgehen mit den Vorsitzenden des Rundfunkrates abgestimmt. Sie schlägt vor, zukünftig ein Format zu etablieren, in dem die Vorsitzenden des Rundfunkrates und des Verwaltungsrats und die Spitzen der jeweiligen Ausschüsse auch zwischen den Sitzungen mit der Intendantin zusammenkommen, um Vorgehensfragen zu besprechen und sich auszutauschen, wie die Gremiensitzungen durch das Haus besser vorbereitet werden können. Es gehe ihr darum, auch zwischen den Sitzungsterminen Ansprechpartner:innen zu haben, mit denen sie Verfahrensweisen abstimmen könne. Sie bittet darum, die Sondersituation der Phase zwischen amtierenden und noch nicht konstituiertem Rundfunkrat zu berücksichtigen und signalisiert ihre allgemeine Bereitschaft für einen intensivierten Dialog mit dem Rundfunkrat.

**Frau Professor Röggl**a stellt in Frage, dass der Rundfunkrat ausreichend ernst genommen werde. Die unklare Einladungssituation der Anwälte sei irritierend gewesen. Sie fragt die Intendantin, aus welchen Töpfen das Geld für die Anwaltskosten komme.

**Herr Roggenbuck** weist daraufhin, dass diese Frage bereits gestellt worden sei und der Topf des Rundfunkrates dafür herangezogen werde.

**Frau Dr. Vernau** unterstreicht, nur der Rundfunkrat in den Rundfunkrat einladen könne, nicht die Intendantin. Zudem könne auch nur dieser festlegen, wann und wie lange der entsprechende TOP behandelt werde. Sie habe unmittelbar nach der letzten Rundfunkratssitzung die Compliance Beauftragte gebeten, den Anwälten mitzuteilen, dass der Rundfunkrat einen Fortschrittsbericht erwarte. Sie habe sie weiterhin gebeten, den Wortlaut des Rundfunkratsbeschlusses zu diesem Punkt an die Anwälte zu übermitteln – wobei das Protokoll noch nicht in der verabschiedeten Fassung vorlag. In Vorbereitung der heutigen Sitzung habe sie zudem mit den Anwälten, den Auftraggeber: innen – Compliance-Beauftragter und Verwaltungsratsvorsitzender sowie Herrn Bakir – besprochen, was getan werden könne, um den Beschluss des Rundfunkrats umzusetzen. Für alle Teilnehmer sei es klar gewesen, dass eine persönliche Teilnahme der Anwälte in der Rundfunkratssitzung unbedingt erforderlich sei. Bei dieser Gelegenheit habe sie allerdings erfahren, dass den Anwälten noch keine offizielle Einladung des Rundfunkrates vorgelegen habe. Sie habe darauf die Anwälte gebeten, die Gremiengeschäftsstelle zu kontaktieren und um eine offizielle Einladung des Rundfunkratsvorsitzenden zu bitten, damit u.a. Klarheit herrsche, wann und wie lange die Anwälte zugelassen seien. Bezugnehmend auf Frau Röggl stellt sie richtig, dass in der Pressemitteilung des rbb lediglich erwähnt wurde, dass die Intendantin Frau Zöllner zur Wahl vorgeschlagen werde – nicht, dass sie bereits gewählt sei. Sie sei hier direkt nach der Verwaltungsratssitzung, in der die vertraglichen Eckpunkte besprochen wurden, in die Offensive gegangen, damit der Name nicht auf anderem Wege an die Öffentlichkeit gelange, Derartige sei der Vergangenheit leider häufig passiert sei.

Die Intendantin informiert auf Wunsch des Gremiums zudem zum aktuellen Kostenstand der Anwaltskosten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Krise: Dieser belaufe sich einschließlich Januar 2023 auf EUR 1.155.654,00 EUR. Man „kratze das Geld aus entsprechenden Budgets zusammen“ in denen noch unverbrauchte Mittel vorhanden seien, u.a. auch im Wesentlichen aus dem Budget der Intendanz.

**Frau Faber** spricht Frau Dr. Vernau auf einen Katalog mit Fragen aus dem Rundfunkrat an, den sie ihr zugesandt habe. Darin gehe es u.a. um die erwähnten Programmkürzungen, um die Zukunft von rbb kultur oder die Stellung des rbb in der ARD. Sie bittet um eine schriftliche Beantwortung der Fragen und um Versendung der Antworten an den alten Rundfunkrat.

## **TOP 05          Reflexion und Empfehlungen für den neuen Rundfunkrat**

- Anja Faber/Ralf Roggenbuck

Herr Roggenbuck und Frau Faber lassen eine Tischvorlage herumgeben.

*(Anm. diese wurde der Gremiengeschäftsstelle nicht vorher zugestellt, sodass nur Fotografien des Dokuments existieren)*

**Herr Roggenbuck** eröffnet den Austausch.

**Dr. Oehmichen** möchte für den Personalrat einige grundsätzliche Anmerkungen anstellen und kritisiert die Tonalität der vergangenen Sitzung, in der der Vorsitzende der Rundfunkrates die rbb-Mitarbeiterinnen Frau Dr. Skiba (Justitiarin) und Frau Naujock-Simon (Compliance-Beauftragte) beinahe in Gerichtsmanier ins Kreuzverhör genommen habe. Der Personalrat verlange Wertschätzung für die Mitarbeitenden, auch von den Gremien. Er erläutert, dass nach der Sicht des Personalrates sowohl Rundfunkrat wie Verwaltungsrat und Rechtsaufsicht erst im letzten Jahr ihrer Legislatur in ihren Aufsichtsfunktionen aufgewacht seien. Eine Reinwaschung des Rates im Nachgang einer Reflexion sei in den Augen des Personalrats als absurd einzuschätzen.

**Frau Kapek** geht auf die Worte von Dr. Oehmichen ein und rekurriert auf einen Artikel im „Tagesspiegel“, in dem man den Rundfunkratsmitgliedern eine gute Kinderstube abgesprochen habe. Das letzte Jahr sei für alle im Gremium schwierig gewesen, man müsse sich u.U. vorwerfen lassen, die Aufsichtsfunktionen zu passiv wahrgenommen zu haben. Diese habe u.U. dazu in einem Kompensationsreflex dazu geführt, die Kontrollaufgabe besonders gründlich vornehmen zu wollen. Sie habe nach der vorangegangenen Sitzung die Antworten der in Frage stehenden Personen als unzureichend empfunden und habe deswegen weitere Fragen schriftlich nachgereicht. Sie sehe die Aufgabe des Rundfunkrates darin, dort Fragen zu stellen, wo nichtnachvollziehbare Entscheidungen getroffen worden seien. Sie verknüpfe mit der Neukonstituierung die Hoffnung auf eine Verbesserung der Sitzungskultur, dennoch sei ein kritisch-konstruktiver Ton weiter vonnöten.

**Herr Goiny** sieht keinen Sinn darin, auf andere zu zeigen, auch der Personalrat sei in den letzten Jahren stets anwesend im Gremium gewesen. Kritisch betrachte er die Sitzungsgestaltung der letzten Jahre unter Frau Schlesinger, die langen Berichte der Intendantin, dazu die unterschiedlichen Regelberichte, es habe zu wenig Zeit für Nachfragen geben. Er merkt selbstkritisch an, dass sich keine Diskussionskultur habe entwickeln können. Er plädiert für eine dichtere Taktung der Sitzungen, um alle anfallenden, auch gerne inhaltlich kontroverse, Themen, zu besprechen.

**Herr Amsinck** kritisiert, dass jeder Wechsel beim Rundfunkrat bedeute, dass zwei Drittel des Gremiums neu in dieser Funktion seien. Das Sorge für eine Unterbrechung der Kontinuität, er rege an, dass dies in der Neufassung des Staatsvertrags anders geregelt werde. Er bilanziert, dass auch in der Krise die Gremien handlungsfähig geblieben seien. Es sei gelungen, wichtige Entscheidungen zu treffen und eine neue Intendantin zu wählen. Heute wisse man, dass es möglich gewesen sei, die Gremien unzureichend zu informieren. Man habe Sachverhalte, die die Krise auslösten, im Dunkeln gelassen. Er nehme für sich in Anspruch nach bestem Wissen und Gewissen auf Basis von Berichten gehandelt zu haben.

**Herr Härtel** weist darauf hin, dass die Politik mit dem Staatsvertrag vorankommen müsse. Er widerspricht der Tischvorlage, die fordere, eilige Anliegen nicht auf die Tagesordnung zu setzen und merkt selbstkritisch an, der Rundfunkrat habe zu wenig die Tagesordnung selbst gestaltet. Er sehe das Problem, viele Entscheidungsprozesse nicht transparent im Gremium behandelt zu haben. Man habe zu selten die Situation der freien Mitarbeitenden besprochen. Aber der rbb leiste gute Arbeit in der Region, jedoch müsse man in die Abläufe der Verwaltung noch mehr Transparenz bringen.

**Herr Roggenbuck** und **Frau Dr. Vernau** tauschen sich über die Einladung der Kanzlei Lutz Abel in den Rundfunkrat aus. Während Frau Dr. Vernau weiter argumentiert, nur der Rundfunkratsvorsitzende könne in den Rundfunkrat einladen, verweist Herr Roggenbuck auf die Praxis der vorherigen Präsentation, zu der die Einladung von den Auftraggebenden und nicht durch den Rundfunkratsvorsitzenden ausgesprochen worden sei.

**Herr Pienkny** erklärt, dass sich der PA mit der Situation der Freien auseinandergesetzt habe, obgleich man dieses in der Verwaltungsdirektion kritisch gesehen habe. Weiterhin habe er in

seiner Funktion als Vorsitzender des PA mit dem Personalrat im Austausch gestanden. Darüber hinaus übt auch er Kritik an der inquisitorischen Atmosphäre der vorherigen Sondersitzung, in der die Juristin und die Compliance-Beauftragte befragt worden seien. Er habe es als unsäglich gefunden, wie politischer Wahlkampf in die Sitzung hineingekommen sei und welche Stimmungsmache man betrieben habe.

**Herr Geywitz** mahnt an, die Aufgabe des Rundfunkrates sei nicht nur Kontrolle, sondern vor allem Beratung und Begleitung. Er sehe jedoch vor allem die hauptamtlich Verantwortlichen in der Pflicht, dieses ehrenamtliche Gremium derart zu unterstützen, dass es funktioniere. Er erwarte ein Bewusstsein für die Funktionsfähigkeit der Gremien Rundfunkrat, Verwaltungsrat und der Ausschüsse.

**Frau Dr. Grygier** bedankt sich als Verwaltungsratsmitglied bei Herrn Pienkny, der es dem finanziell für Gelder des Programms zuständigen Verwaltungsrat ermöglicht habe, sich auch mit den Inhalten des Programms auseinanderzusetzen. Sie empfiehlt den neuen Mitgliedern des Verwaltungsrates eine Zusammenarbeit mit den Partnern im Rundfunkrat, dieses erhöhe den Informationsfluss und mache es für beide Gremien leichter.

**Herr Lammel** versichert, dass im Rundfunkrat die Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten des Senders immer deutlich höher gewesen sei als die gegenüber Geschäftsleitung und Intendanz. Das Herz des Rundfunkrates schlage für die Mitarbeitenden des rbb.

**Herr Roggenbuck** schließt die Öffentlichkeit aus.

**TOP 06** – nichtöffentlich -

**TOP 07      Verschiedenes**

**Herr Roggenbuck** ruft den TOP Verschiedenes auf.

**Frau Dr. Vernau** spricht im Namen des rbb dem scheidenden Rundfunkrat ihren Dank aus. Man habe die Loyalität zum und das große Engagement des Gremiums für den Sender und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehr geschätzt.

**Herr Roggenbuck** wiederholt seinen Dank an die Mitglieder des noch amtierenden Rundfunkrates und wünscht den Mitgliedern des neuen Rundfunkrates ein gutes Gelingen.

Er schließt die Sitzung um 19:40 Uhr.

gez. Silke Schütze  
Protokoll

Berlin, 17. März 2023